

Wansleben, Martin

**Article — Digitized Version**

## Die Erwartungen der Industrie für das Jahr 2000 - Maschinen- und Anlagenbau: finanzpolitische Irritationen müssen ein Ende finden

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Wansleben, Martin (1999) : Die Erwartungen der Industrie für das Jahr 2000 - Maschinen- und Anlagenbau: finanzpolitische Irritationen müssen ein Ende finden, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 79, Iss. 12, pp. 707-708

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/40387>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

gezielte Investitionen in Bildung und Ausbildung, Forschung und Technologie. Hier ist zu hoffen, daß sich über die Ankündigungen hinaus auch in der konkreten Politik der Bundesregierung und der Europäischen Union die Offenheit

für die Chancen neuer Technologien sowie gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Innovationen niederschlägt und Ansätze nicht weiter an Boden gewinnen, die durch die kategorische Forderung nach Ausschalten sämtlicher Risiken

auch alle Chancen ersticken. Nur dann können Deutschland und Europa den konjunkturell günstigen Start ins 21. Jahrhundert nutzen, um auch weltweit ihre Position zu behaupten und auszubauen.

Martin Wansleben

## Maschinen- und Anlagenbau: Finanzpolitische Irritationen müssen ein Ende finden

Mit einer unerwarteten Konjunkturdelle hat sich das 20. Jahrhundert beim zyklusgeplagten Maschinen- und Anlagenbau verabschiedet. Die Prognosen für das Jahr 2000 zeigen jedoch klar nach oben: Die bessere Weltkonjunktur schlägt sich seit einigen Monaten in steigenden Auslandsaufträgen nieder. Zunächst kommt diese Belegung von Märkten außerhalb Europas. Aber auch in Westeuropa stehen die Zeichen auf Erholung. Einzig der Inlandsmarkt entwickelt sich nach wie vor nur zögerlich. Ein Grund dafür liegt sicherlich in der anhaltenden Verunsicherung von Seiten der Finanz- und Steuerpolitik. Deutschland muß unbedingt wieder ein Investitionsstandort werden.

### Wachstum kommt aus dem Ausland

Begonnen hatte 1999 mit einem deutlichen Umsatzeinbruch bis in die Jahresmitte hinein. Die ursprüngliche Prognose von 2% mußte deshalb auf 0% zurückgenommen werden. Die Maschinenproduktion ist zwar im dritten Quartal im Verlauf nicht mehr gesunken. Bis einschließlich Oktober hat sie das Vorjahresniveau aber um 2% verfehlt. Das vierte Quartal bringt zwar noch eine Verbesse-

rung des Jahresergebnisses. Es bleibt jedoch fraglich, ob die prognostizierte Null für 1999 erreicht wird.

Starke Unterschiede zwischen den Sparten zeigten sich bei der Kapazitätsauslastung, die im September zwischen knapp über 80% und über 100% der üblichen Vollauslastung lagen. Die Kapazitätsauslastung des Maschinenbaus insgesamt ohne Büro- und Informationstechnik betrug 87,1% und kann damit noch als „gut“ bezeichnet werden.

Neben einer anhaltend gedämpften Inlandsnachfrage zeichnet die Entwicklung im Ausland für das vergleichsweise magere Jahr 1999 verantwortlich. Noch 1998, als sich der weltweite Handel mit Maschinen abschwächte, schnitten die deutschen Maschinenhersteller im Export besser ab als ihre Konkurrenten und konnten Marktanteile hinzugewinnen. Doch in den ersten acht Monaten 1999 verfehlte der Maschinenexport das gute Vorjahresergebnis um 4 1/2%. Die höchsten Einbußen mußten dabei in den Asean-Ländern, den OPEC-Ländern, den Mercosur-Ländern und in Mittel-/Osteuropa hingenommen werden. Etwas aufgefangen wurden diese Einbußen durch leichte Zunahmen in der EU

und durch ein stabiles US-Geschäft.

Für das Jahr 2000 erwartet der Maschinen- und Anlagenbau wieder einen Produktionszuwachs von real 3%. Die Bestellungen aus den Nicht-EU-Ländern haben bereits deutlich zugelegt. In den EU-Partnerländern und im Inland versprechen aufwärts gerichtete Geschäftsklima-Kurven aus der Industrie eine Belegung der Nachfrage. Bislang hat sich diese Klimaverbesserung aber erst in steigendem Auftragseingang aus der EU niedergeschlagen. Die Investitionstätigkeit im Inland bleibt zurückhaltend.

### Inländische Investitionstätigkeit nicht behindern

Allerdings waren die Aktivitäten des Bundesministeriums der Finanzen nicht dazu angetan, die investierende Wirtschaft im Inland zu ermutigen. Bestes Beispiel ist der Vorschlag zur Neufassung der steuerlichen AfA-Tabellen. Geplant war eine drastische Verlängerung der Nutzungsdauern – im Maschinenbau ungewichtet im Schnitt von 75%. Die Unternehmensteuerreform verschob man dagegen auf das Jahr 2001.

Eine Verlängerung der Nutzungsdauern stünde nicht nur im Wider-

spruch zu den sich ständig verkürzenden Investitions- und Produktlebenszyklen. Sie verträgt sich auch nicht mit dem erklärten Ziel der Bundesregierung, die Investitionen zu stärken. Denn die Wirkungen auf die inländische Investitionstätigkeit wären fatal. Investitionen würden nicht nur zeitlich verschoben und räumlich verlagert. Viele Vorhaben würden wegen mangelnder Innenfinanzierungsspielräume gerade bei kleinen und mittleren Unternehmen endgültig gestrichen werden. Das kostet die Investitionsgüterindustrie Aufträge und Arbeitsplätze und ihre potentiellen Kunden internationale Wettbewerbsfähigkeit. Deutschland würde zu einem produktionstechnischen Museum und hätte seine führende technologische Position verloren.

Gerade die mittelständischen Maschinenbau-Unternehmen sind existentiell darauf angewiesen, hier im Inland – praktisch vor ihrer Haustüre – Kunden und vor allem Referenzkunden für neue Maschinen und Anlagen vorzuweisen. Eine steuerlich induzierte Zurückhaltung beim Investieren hätte insofern auch auf die Innovationskraft und Wettbewerbsposition des Maschinen- und Anlagenbaus unmittlere Auswirkungen.

### **Beschäftigungsentwicklung uneinheitlich**

Im Jahresverlauf verlor der Maschinen- und Anlagenbau rund 2000 Beschäftigte. Auch die Zahl der Kurzarbeiter legte im Vergleich zu 1998 zu. Ein Beschäftigungsaufbau für die Branche insgesamt ist daher vorerst nicht in Sicht. In einzelnen Sparten und Regionen besteht dennoch bereits seit längerem ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften – sowohl an Ingenieuren als auch an Facharbeitern.

Hier zeigt sich die Notwendigkeit, durch entsprechende Anpassung der Inhalte technischer Ausbildungen und Studiengänge, sowie durch Weiterbildungsmaßnahmen die räumliche und fachliche Mobilität der Arbeitskräfte zu fördern. Die Themen Bildung und Nachwuchsförderung werden für den Maschinen- und Anlagenbau auch im Jahr 2000 ein Schwerpunkt bleiben.

### **Unternehmensfinanzierung im Umbruch**

Doch nicht nur das Fachpersonal sondern auch das Fremdkapital droht zu Beginn des nächsten Jahrtausends knapp zu werden. Dafür sprechen mehrere Faktoren: Die großen Geschäftsbanken wollen sich aus dem reinen Kreditgeschäft mit Firmenkunden zurückziehen. Und die externe, wohl eher rein formale Beurteilung der Bonität eines Unternehmens könnte zunehmend die Kreditkosten beeinflussen und die Kreditlinien für so manchen Mittelständler schrumpfen lassen.

Gerade im Maschinen- und Anlagenbau stellt die ausreichende Kapitalversorgung der Unternehmen ein Dauerthema dar. Die zyklische Entwicklung der Auftragseingänge zusammen mit (insbesondere im Anlagenbau) langen Produktionszeiten verlangt eigentlich einen im Vergleich zum übrigen Verarbeitenden Gewerbe überdurchschnittlichen Eigenkapitalanteil. Tatsächlich liegt der Durchschnittswert des Maschinenbaus nach den Bilanzauswertungen der Deutschen Bundesbank jedoch darunter, nämlich 1996 bei knapp 23%. Auch im internationalen Vergleich weisen die deutschen Maschinenbauer gegenüber den angelsächsischen und französischen Unternehmen deutlich niedrigere Eigenkapitalanteile auf.

Stellen angesichts der zu erwartenden Verteuerung des Fremdkapitals der Gang an die Börse oder die Hereinnahme von Beteiligungskapitalgebern eine brauchbare Alternative dar? Der Aufschwung der Wertpapiermärkte mit vielen Börseneinführungen verlief bisher vor allem zugunsten von Unternehmen aus den Bereichen Telekommunikation, Finanzen, Medien, Merchandising, Internet und Software. Bislang wagten erst wenige Maschinenbau-Unternehmen den Schritt in die Neuen Märkte. Ein Grund dafür ist sicherlich in der hohen Komplexität des Geschäftes der Branche zu suchen. Dies macht ihre Unternehmen für die Börse zu unbequemen Kandidaten.

Als technische Branche mit komplexen Produkten, Leistungserstellungsprozessen und vielschichtigen wie weltweiten Kundenbeziehungen ist der Maschinen- und Anlagenbau somit auf die Partnerschaft zu einer Hausbank angewiesen. Denn sie ermöglicht, selbst schwierige Investitionen und Aufträge zu finanzieren, ohne daß die Formalien den Alltagsrahmen sprengen. Es bleibt zu hoffen, daß die Banken – trotz der Angriffe auf ihre Risikobeurteilungskompetenz – das traditionelle Kreditgeschäft mit dem Mittelstand fortführen werden.

Letztlich anzustreben ist, daß die Unternehmen höhere Gewinne erzielen können und diese steuerlich entlastet werden. Nur dann kann gerade im Mittelstand die Eigenkapitalquote deutlich erhöht werden. Der mittelständische Unternehmer in der Rechtsform der Personengesellschaft wird auch im nächsten Jahrtausend eine entscheidende Rolle für die Entwicklung von Wertschöpfung und Arbeitsplätzen spielen. Die Politik ist gefordert, ihm hierfür brauchbare Rahmenbedingungen zu liefern.